



HESSISCHER LANDTAG

22. 03. 2022

EUA

Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung (SLAPP) müssen bekämpft werden

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekräftigt sein Bekenntnis zu den Werten der Europäischen Union: die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit. Der Landtag unterstreicht, dass auch Meinungsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung Werte darstellen, die nicht verhandelbar sind.
2. Der Landtag stellt mit Besorgnis fest, dass Journalistinnen und Journalisten auch in Europa in den letzten Jahren wegen der Ausübung ihrer Tätigkeit zunehmend bedroht und angegriffen werden. Der Landtag erkennt an, dass sich die Justizministerinnen und Justizminister auf ihrer Frühjahrskonferenz am 16. Juni 2021 auf Initiative Hessens für einen besseren strafrechtlichen Schutz der Pressefreiheit stark gemacht haben. Zugleich kritisiert der Landtag die international zu beobachtende Zunahme von strategischen Klagen gegen die öffentliche Beteiligung (SLAPP-Klagen) und sieht darin den Versuch einer systematischen Einschränkung und Unterbindung des unabhängigen Journalismus und damit auch einen Angriff auf die Werte der Europäischen Union. Allein gegen die 2017 ermordete maltesische Journalistin Daphne Caruana Galizia liefen zum Todeszeitpunkt 47 SLAPP-Verfahren.
3. Der Landtag stellt fest, dass das Phänomen der SLAPP-Klagen in Deutschland nicht so brisant ist wie teilweise in anderen EU-Ländern, da die Gerichte solche Klagen in der Regel als prozessrechtlich unzulässig abweisen. Er fordert die Bundesregierung dennoch auf, sich auf europäischer Ebene für einen geeigneten rechtlichen Rahmen zur Bekämpfung der SLAPP-Verfahren einzusetzen, der europaweit ein vergleichbar hohes Schutzniveau vor strategischen Klagen gegen öffentliche Beteiligung sicherstellt. Die Ankündigung der EU-Kommission für eine Initiative zur Bekämpfung der SLAPP-Klagen im Rahmen des Europäischen Aktionsplans für Demokratie COM(2020) 790 und die im Initiativbericht 2021/2036(INI) des EU-Parlaments enthaltenen Forderungen nach einheitlichen Mindestschutzvorschriften gegen SLAPP-Klagen, die Einführung eines EU-Fonds zur Unterstützung der Betroffenen von SLAPP-Klagen und die konsequente Sanktionierung von SLAPP-Klagen innerhalb der Europäischen Union bieten eine gute Grundlage für diese Beratungen.

Wiesbaden, 22. März 2022

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)